



Das lukrative Strassenverkehrsamt soll autonom werden

Neue Rechtsform für Amt Sicherheitsdirektor Philippe Müller (FDP) will die Behörde verselbstständigen. Das ärgert die politische Linke. Dem Kanton würden so hohe Erlöse entgehen.



Das kantonale Strassenverkehrsamt im Stadtberner Wankdorf soll in eine öffentlich-rechtliche Anstalt umgewandelt werden. Foto: Beat Mathys

Stefan von Bergen

Wer die Fahrprüfung absolvieren will, einen neuen Fahrausweis oder eine neue Autonummer braucht, wird ab 2028 nicht mehr das Wankdorf an Berns Stadtrand ansteuern. Im März hat der bernische Grosse Rat die Weichen dafür gestellt, dass das kantonale Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt (SVSA) auf die autobahnnahe Buechlimatt in Münchenbuchsee umziehen wird. Einschneidender als diese Verla-

gerung dürfte aber eine weniger offensichtliche Veränderung sein, die dem Amt bevorsteht. Der kantonale Sicherheitsdirektor Philippe Müller (FDP) will es nämlich in eine öffentlich-rechtliche Anstalt umwandeln und so verselbstständigen.

Diesen Reformversuch kann man dem seit kurzem aufgeschalteten Voranschlag 2021 der kantonalen Finanzdirektion entnehmen. Weil die Kantonsfinanzen coronabedingt unter

Druck sind, werden dort auch sogenannte Handlungsspielräume, konkret: mögliche Sparposten, aufgeführt. Dazu gehören auch die 300'000 Franken für die Erarbeitung eines Detailkonzepts über die rechtliche Umwandlung des Strassenverkehrsamts. Das zeigt, dass die Reform ziemlich weit oben auf Philippe Müllers Regierungsagenda steht.

Philippe Müllers Ehrgeiz

Der Sicherheitsdirektor betreibt das Projekt offenbar mit Verve. Auf



Anfrage bestätigt er, dass er eine Prüfung der Verselbstständigung schon Ende 2018 ausgelöst habe. Also noch im gleichen Jahr, in dem er in die Kantonsregierung gewählt wurde. «2019 und 2020 wurde der Regierungsrat an Klausuren über Chancen und Risiken der Umwandlung informiert», sagt Müller. Das Gremium habe seine Sicherheitsdirektion nun beauftragt, ein «Normkonzept für eine Verselbstständigung zu erarbeiten». Dieses werde der Regierung wohl im kommenden Frühjahr präsentiert.

Müller greift eine alte Idee auf. Schon 2003 wurde über eine Umwandlung des Strassenverkehrsamts in eine öffentlich-rechtliche Anstalt diskutiert. Die Politik kam aber damals zum Schluss, dass der finanziell klamme Kanton auf die sprudelnden Erträge des Amts angewiesen sei.

Das SVSA ist nicht irgendein kleines Nebenamt, sondern eine der wenigen rentablen Einheiten der Kantonsverwaltung. Jährlich prüfen dessen 250 Angestellte in der Berner Zentrale und an mehreren Aussenstellen im ganzen Kanton 125'000 Fahrzeuge und nehmen die Fahrprüfung von 8500 Lenkerinnen ab. Gebühren, etwa für Ausweise oder Nummernschilder, spülen dem Amt gemäss dem Voranschlag 2021 satte Erlöse von 60 Millionen Franken in die Kasse. Unter dem Strich erzielt das Amt fast 10 Millionen Franken Überschuss.

Kein Wunder also, dass nun auch Philippe Müllers Verselbst-

«2019 und 2020 wurde der Regierungsrat an Klausuren über Chancen und

Risiken der Umwandlung informiert.»

Philippe Müller

Sicherheitsdirektor

ständigungspläne angesichts des Corona-Lochs in der Staatskasse auf Widerstand stossen. Vor allem aus dem linken Lager. Die Stadtberner SP-Grossrätin Ursula Marti kritisiert vorab, dass die rechtliche Umwandlung des Strassenverkehrsamts klammerheimlich und ohne politische Diskussion vorangetrieben werde. Marti ist Mitglied der grossrätlichen Finanzkommission. «Das Strassenverkehrsamt ist eines der wenigen einträglichen Ämter, die Staatskasse ist auf dessen Erlöse dringend angewiesen», sagt sie.

Eine rechtliche Verselbstständigung würde diese Zuflüsse in die Kantonskasse unterbinden, sagt Ursula Marti. Philippe Müller betont, es gehe nicht um die Privatisierung, das SVSA solle nicht wie die öffentlichen Spitäler zu einer privatrechtlichen AG werden. Das Amt könnte aber auch als öffentlich-rechtliche Anstalt sein Budget «gemäss den eigenen Möglichkeiten selbstständig gestalten», sagt Müller. Konkret: Es würde seine Kosten durch Dienstleistungsgebühren und andere Erträge decken und könnte eigenwirtschaftlich agieren. In dieser Form ist heute schon die Gebäudeversicherung des Kantons Bern organisiert.

Anpassung an den Wandel

Warum streben Philippe Müller und SVSA-Amtsleiter Niklaus Lundsgaard-Hansen eine rechtliche Verselbstständigung an? «Die Reform ist wichtig und zielführend, damit das SVSA flexibel

auf den technologischen Wandel und die Umbrüche der Mobilität reagieren kann», sagt der Sicherheitsdirektor. Er spricht die Zukunft mit selbstfahrenden Fahrzeugen oder die neuen automatischen Überwachungssysteme in Fahrzeugen an.

Das SVSA betreibe ein Massengeschäft mit Zehntausenden von Fahrzeug- und Führerprüfungen. «Um diese Prozesse effizient zu erledigen, ist die Ressourcensteuerung durch den Kanton mit ihren starren Vorgaben und schwerfälligen Prozessen zu wenig agil», erklärt Müller. Für eine Emanzipation von der Kantonsverwaltung spreche auch, dass die Aufgaben des SVSA politisch und inhaltlich fast ausschliesslich durch die Verkehrsbehörden des Bundes erfolgten.

Im Kanton Freiburg ist das Strassenverkehrsamt schon seit über zwanzig Jahren als öffentlich-rechtliche Anstalt organisiert. Auch in den Kantonen Neuenburg, Baselland und Basel-Stadt sowie Ob- und Nidwalden gibt es ähnliche Strukturen. Man habe die Verantwortlichen in Freiburg und Neuenburg als Experten angehört, sagt Müller. Sie hätten die Vorteile der Selbstständigkeit unterstrichen: Die Institution sei so flexibler, könne ihre Ressourcen selber definieren, habe ein betriebswirtschaftliches Denken entwickelt und die Kundenzufriedenheit erhöht.

Skepsis aus linken Parteien

SP-Grossrätin Ursula Marti teilt diese positive Sicht einer Verselbstständigung nicht. «Damit würde der Kanton seinen politischen Einfluss auf das lukrative Amt verlieren», fürchtet sie. Für die rechtliche Umwandlung

Hauptausgabe

Berner Zeitung
3001 Bern
031/ 330 33 33
<https://www.bernerzeitung.ch/>

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 35'881
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Seite: 3
Fläche: 123'905 mm²



Auftrag: 1077523 Referenz: 78644857
Themen-Nr.: 999.084 Ausschnitt Seite: 3/3

ist eine Gesetzesvorlage nötig, über die der Grosse Rat frühestens Ende 2022 entscheidet. Darin muss etwa geregelt werden, wie die neue Institution durch den Kanton gesteuert würde und welche Rahmenbedingungen für ihre Geschäftstätigkeit gelten.

«Dieses Gesetz regelt nur rudimentär strategische Fragen»,



«Das SVSA ist eines der wenigen einträglichen Ämter, die Staatskasse ist auf dessen Erlöse angewiesen.»

Ursula Marti
SP-Grossrätin

sagt Ursula Marti. Der Standort, die Dienstleistungen, die Gebühren oder die Kaderlöhne des Strassenverkehrsamts wären dann nicht mehr in der Hand des Regierungsrats und des Kantonsparlaments, warnt sie. Das stark frequentierte Amt würde womöglich auch nicht zur digitalen Gesamtlösung aus einer Hand gehören, die der Kanton

für seine Verwaltung aufbaue.

Die künftige Struktur des SVSA dürfte also im Grossen Rat noch Debatten auslösen. Das letzte Wort hat vielleicht sogar das Volk, denn gegen das Gesetz kann man das Referendum ergreifen.



Sicherheitsdirektor Philippe Müller (FDP) ist der oberste politische Verantwortliche des kantonalen Strassenverkehrsamts. Foto: PD